

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Berliner Kämpfe und Einigungswünsche.

Vom Posener Kriegsschauplatz. — Zur Bolschewistengefahr. — Die Badische Regierung.

Man wundern sich schon gar nicht mehr, wenn man liest, daß die unheimlichen Bürgerkriegsfeuer, die sich in Berlin gebildet haben, immer noch fortbestehen. Einzelne wichtige Gebäude und Verkehrsstellen, in denen sich die Spartakisten einmischten, sind ihnen zwar durch Regierungstruppen wieder entzogen worden, aber daneben halten sich die Gewalttäter noch an manchen Stützpunkten. Der Verkehr der Millionenstadt geht seinen Gang tragend. Stadtbahn und Straßenbahn, Hoch- und Untergrundbahn verkehren, soweit nicht Ausstände es hindern. Im Staatsbahnbetrieb haben die Arbeiter eine zeitlang den Betrieb eingestellt, nicht etwa zu gunsten der Unruhestifter, sondern gerade weil die Spartakisten sich die Leitung angeeignet hatten. Und daß der ganze Aufbruch in dieser Weise auf einige Stichproben beschränkt bleibt, ist dann auch ein Grund dafür, daß bei der Unterdrückung vielleicht nicht die volle verfügbare Kraft eingesetzt wird. Die sozialdemokratische Regierung ginge am liebsten immer noch ohne schweres Blutvergießen über den hinüberdrehenden Frenkel hinweg, den die Ruffisten da verüben. Auch bei der Arbeiterschaft sind Bestrebungen, einen Ausgleich zu schaffen, sichtlich vorhanden. Nur ist der Vorschlag fast undurchführbar, weil alle alten Führer zurücktreten sollen. Erstens läßt sich Spuarikus seinen Karl den Bühnen und seine Rosa nicht fallen. Zweitens enthält das Verlangen des ausnahmslosen Führertritts mittelbar ja auch die Forderung der Abbanlung der Regierung. Damit käme man aus dem Regen in die Traufe, in einen leeren Raum ohne Lebensluft. Kurzum: es geht nicht anders, als daß man die Spartakusbewegung Schritt für Schritt entwaffnet mit möglichst wenig Opfern, und daß man nicht am Verstand des deutschen Volkes verzagt.

Es ist desto abschüchlicher, daß Deutsche gegeneinander die Waffen tragen, jemebr sich unsere Ostjungen verschärfen. In Posen am Nepeßfluß haben wir ja beinahe einen förmlichen „Kriegsschauplatz“ und so etwas wie einen täglichen Heeresbericht. Die Stadt Posen selber ist ganz und gar verpöhlert, entgegen allem guten Verhandlungswillen, der auf deutscher Seite betätigt wurde, bis uns der Pole hinter den Rücken schlug. Für uns in Ostpreußen ist die Gefahr, die der Bolschewismus uns ins Land zu tragen droht, doppelt ernstlich, sobald wir gegen Westen hin durch den polnischen Vorstoß abgeriegelt werden. Wir haben dann nichts anderes als die eigene Wehrkraft unserer Heimat. Säuberungsaktionen genügen für die Folge nicht mehr. Taten müssen geleistet werden. Wenn man freilich sieht, wie sich das spartakistische Treiben in allerlei Vermummungen an allen Ecken und Enden hervorwagt, und wie die große sozialdemokratische Mehrheit bisher noch nicht imstande gewesen ist, sich selbst oder andere gegen rasche Genesungen zu schützen; wenn man ferner sieht, wie die Unabhängigen aus der badischen Regierung auscheiden, nicht etwa, weil sie nur eine klägliche Minderheit bei den Wahlen bekommen haben, sondern weil die Mehrheitssozialisten im badischen Ministerium mit bürgerlichen Demokraten zusammenwirkten, — so ist die Hoffnung gering, daß auf der äußersten Linken der einsichtige Wille aufkommen wird.

Zunächst wissen wir uns keinen besseren Rat als den, daß wenigstens hier für unser Ostpreußen ein Zusammenwirken aller Stellen, die Macht und Einfluß haben, der Arbeiter- und Soldatenräte ebenso wie der Gesamtbevölkerung, unerlässlich ist, wenn wir die immer stärker gegen uns heranrückende bolschewistische Flut noch zur rechten Zeit und mit dem rechten Erfolg abdammen wollen.

Die Berliner Donnerstagkämpfe.

nn. Berlin, 10. Januar. Neue Kämpfe fanden an verschiedenen Stellen statt, so an der Bürgensteinischen Druckerie, dem Fernbahnhofs Zoologischer Garten, der von Spartakusleuten besetzt wurde, und dem Anhalter Bahnhof. Auch in der Kolonie Grünwald ist man auf Spartakusputsche vorbereitet.

Der Kampf um das „A. T.“ eingestellt.

nn. Berlin, 10. Januar. Donnerstag um die neunte Abendstunde gab die Regierung den Befehl, die gewalttätige Aktion gegen das Verlagsbureau des „Berliner Tageblatts“, die ohne ihr Wissen und ohne ihren Willen ins Werk gesetzt war, einzustellen.

Eichhorn über den Zweck der Kämpfe.

B. D. Berlin, 10. Januar. Einem Vertreter der „Telegraphen-Union“ ist es gelungen, in das Polizeipräsidium zu gelangen und sich mit Eichhorn zu unterhalten. Er vergleicht das Zimmer des Polizeipräsidenten Eichhorn mit dem Beobachtungsturm eines Feldherrn während der Schlacht. Eichhorn äußerte sich u. a.:

Die Unabhängige Sozialdemokratie betreibt die Beseitigung der Regierung Ebert-Scheidemann, deren Herz nur für die Bürger schlägt. Bei ihrem Rücktritt würde die Ruhe sofort wiederhergestellt sein. Eine Regierung der Unabhängigen, die den größten Teil der Arbeitermassen vertritt, würde auch nur bis zur Nationalversammlung im Amt bleiben. Der Termin für die Wahlen mußte allerdings wenigstens um 1/2 Jahr hinausgeschoben werden, damit bis dahin der Einbruch der jetzigen Vorgänge vermieden sei. Die außerpolitische Rückwirkung der jetzigen politischen Vorgänge erkennt er nicht an. Ueber die Lohnforderungen äußerte er sich ausweichend, die Unabhängige sozialdemokratische Partei habe nicht die Absicht, die Industrie zu ruinieren. Zum Schluß sagte Eichhorn, die Unabhängige sozialdemokratische Partei werde nicht eher ruhen, als bis die Regierung Ebert verschwunden sei.

Wie Frankreich die Berliner Vorfälle ausnützt.

B. D. Paris, 10. Januar. Der „Temps“, das „Echo de Paris“ und der „Matin“ benutzen die Berliner Vorgänge, um Stimmung für eine Vertagung der Friedensverhandlungen zu machen, in der Hoffnung, daß der Verfall des Reiches inzwischen Separatverhandlungen mit den einzelnen Bundesstaaten möglich machen werde. (L. R.)

Einigungsbestrebungen Berliner Arbeiter.

nn. Berlin, 10. Januar. In einer in den Betrieben der A.-E.-G. und der Schwarzpulff-Werke gestern abgehaltenen Massenversammlung von ungefähr 40 000 Arbeitern wurde der Beschluß gefaßt, eine Einigung zwischen den Arbeitern aller Richtungen anzustreben, um dem Blutvergießen ein Ende zu machen. Es hat sich inzwischen eine Kommission gebildet, die aus Mitgliedern der Spartakusgruppe, aus Vertretern der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei besteht, die einen Ausgleich zwischen der Regierung und den demonstrierenden Parteien herbeiführen will. Heute sollen diese Verhandlungen beginnen.

Es ist nicht unverständlich, daß die Spartakusleute und die Unabhängigen jetzt, wo die Regierung die Oberhand gewinnt, eine Verständigung suchen. Die Regierung sollte sich aber darüber klar sein, daß die Spartakusleute die durch den Waffenstillstand gewonnene Zeit nur dazu benutzen werden, sich besser auszurüsten. Wir dürfen dann in kürzester Zeit eine zweite Auflage der jetzigen Zustände erleben, allerdings mit dem Unterschied, daß dann die Regierung einen in jeder Hinsicht schwereren Stand hätte.

B. D. Berlin, 10. Januar. Die Arbeiterschaft der Deutschen Waffen- und Munitionswerke gibt bekannt:

Die Arbeiterschaft hat den festen Willen, sich über die Köpfe der Führer hinweg die Bruderhand zu reichen und mit allen Kräften dahin zu streben, daß endlich wieder Ruhe und Ordnung eintreten und ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht wird. Die Arbeiterschaft verlangt, daß sämtliche Führer sofort zurücktreten und nichtkompromittierten Führern Platz machen. Sollte bis Sonnabend den 11. Januar eine Einigung erzielt werden, so wird die Arbeiterschaft am Montag den 13. Januar die Arbeit gescheitert wieder aufnehmen. Genossen aller Betriebe! Schließt Euch einmütig unserem Vorgehen an!

Warnruf des Berliner Kommandanten.

nn. Berlin, 10. Januar. Ein Aufruf des neuen Kommandanten von Berlin, Klauunde, an die Berliner lautet:

Berliner! Die Reichsregierung hat mir das Amt des ersten Kommandanten von Groß-Berlin übertragen mit dem Befehl, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen. Helft mir! Ich kann die schwere Aufgabe nicht erfüllen, wenn Ihr nicht folgende Weisungen befolgt:

1. Anordnungen der Regierungstruppen gelten für jedermann.
2. Der Verkehr auf den Straßen ist möglichst ein- und zufränken. Frauen und Kinder sollen zu Hause bleiben. Es sind Kämpfe im Gange, bei denen niemand für ihr Leben einstehen kann.
3. Das Waffentragen ist nur Truppen und Partisanen gestattet, welche von der Reichsregierung und der Kommandantur genehmigte Ausweise dazu haben. Alle anderen werden im Betretungsalle festgenommen, entwaffnet und bestraft werden.

Die russischen Pläne auf Berlin.

B. D. Berlin, 10. Januar. Der Zentralrat, gen. Lenin, teilt mit, daß in Berlin weibliche Radel habe die aufständischen Spartakusleute ermahnt, auszuhalten, bis russische Truppen hereinkommen. Der Soldatenrat der 10. Armee würde die Russen durchlassen. Von der Dittrott wird uns dagegen mitgeteilt: Der Durchmarsch der Russen sei ganz ausgeschlossen. Kein Soldatenrat duldet ein Einmischen der russischen Truppen in unsere revolutionären Kämpfe. Die Behauptung Radets ist nutzlos und eine Beleidigung des deutschen Proletariats, dessen Brüder und Söhne an der Front stehen. (L. R.)

Spartakus in Düsseldorf.

B. D. Berlin, 10. Januar. Nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau“ ist die Bürgerwehr von Düsseldorf schon los. Gestern nachmittag hat eine größere Menschenmenge das Düsseldorfster Gefängnis erstickt und dort etwa 170 Gefangene befreit. Die Polizeitruppe ist schon in der Nacht zum größten Teil zu den Spartakusleuten übergegangen. Die Arbeit ruhte Donnerstag in den meisten Betrieben. Spartakusführer erklärten in einer Versammlung, daß, wenn die Regierung Scheidemann am Ruder bleibe, der Generalstreik im Bergbau kommen würde.

Spartakus in Halle.

WB. Halle a. d. S., 9. Januar. Gestern abend wurde die „Halle'sche Zeitung“ von Spartakusleuten besetzt, die erklärten, das Blatt unter dem Titel „Die rote Fahne“ herauszugeben zu wollen. In den Räumen des Betriebes wurden Flugblätter der deutschen Volkspartei beschlagnahmt. Der Verlagdirektor Pätzsch wurde vorübergehend in Schutzhaft genommen, am frühen Morgen wurde die Besetzung der Zeitung jedoch wieder aufgehoben. Der Chefredakteur der demokratischen „Saalezeitung“ befindet sich seit Dienstag in Haft des Soldatenrates. Der hiesige Magistrat nahm ein Ultimatum des A.-u.-S.-Rates, wonach er diesen als einziges Organ der vorkommenden Gewalt anzusehen habe, mit der Bedingung an, daß der A.-u.-S.-Rat die Verantwortung für die Geschäftsführung übernehme.

Rücktritt der badischen Unabhängigen.

WB. Karlsruhe, 9. Januar. Die Mitglieder der badischen Volksregierung aus der Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie, Brümmer und Schwarz, haben gestern ihren Austritt aus der Regierung mit folgender schriftlicher Erklärung mitgeteilt:

Nachdem die Wahlen zur badischen Nationalversammlung eine bürgerliche Zweidrittelmehrheit ergeben haben, erachten wir die Vorbedingungen, die uns am 11. November zum Eintritt in die Regierung betrogen haben, als nicht mehr gegeben. Wir halten es bei der Zusammenberufung der Nationalversammlung nicht für möglich, daß die Ereignisse der Revolution gestärkt und weiter ausgebaut werden. Daher müssen wir auch die Vorarbeiten für diese Nationalversammlung ablehnen und erklären hiermit unseren Austritt aus der Regierung. Die vorläufige Regierung hat die Austrittserklärung angenommen. Das von Herrn Schwarz bisher verwaltete Ministerium der sozialen Fürsorge wurde vorläufig aufgehoben und die bisher von ihm verhandelten Geschäfte mit dem Ministerium für Übergangswirtschaft vereinigt. Das Staatsministerium für militärische Angelegenheiten wurde dem Ministerpräsidenten unterstellt.

Was den Unabhängigen die Nationalversammlung ist.

B. D. Frankfurt a. M., 10. Januar. In einer Rede in Frankfurt a. M. bezeichnete Barth den Volksbeauftragten Landsberg als die treibende Kraft im Kabinett. Er fuhr dann fort: Ich sage es offen, klar und deutlich, wenn man jetzt die Revolution verstehen will, um die sozialistische Republik zu einer bürgerlichen zu machen, dann erklärt das Proletariat, daß es kein Interesse mehr am Vaterlande hat. Das bedeutet den Kampf. Das ganze Volk wird aufgerufen werden. Die Nationalversammlung, so jagte Barth, ist nur ein Stückchen Papier für sie.

Kämpfe um den Neße-Uebergang.

B. D. Schneidemühl, 10. Januar. Amtlich wird der „Telegraphen-Union“ mitgeteilt: Heftige Kämpfe tobten gestern an unserer Front. In gemeinsamem Vorgehen mit dem Freiwilligenbataillon von Scharfhanke und nach guter Feuerbereitschaft wurde Czarnikau umfänglich im Sturm genommen. Ueber Kolmar und Siberie herangeführte Verstärkungen und Feuer der Bewohner Czarnikaus aus den Häusern der Stadt zwangen uns, unsere Truppen auf das Nordufer der Neße zurückzunehmen. Kolmar ist nach heftigen Kämpfen vor überlegenem Gegner geräumt worden. Wir halten auch in diesem Abschnitt das Nordufer der Neße. Der Kampf um Weidenhöhe und Wisel nimmt einen für uns günstigen Verlauf. Unsere Luftstreitkräfte haben bei Operationen durch Erkundungen und Eingreifen in den Erbkampf kräftig unterstützt. Die auf der Kirche auf dem Marktplatz von Czarnikau gegen unsere Truppen eingeleiteten Maschinengewehre wurden von unseren Fliegern mit Handgranaten und Maschinengewehrfeuer wirksam angegriffen. (L. R.)

Erfolgreiche Kämpfe gegen die Polen.

WB. Bromberg, 10. Januar. In der Nacht vom 9. zum 10. Januar wurden die Posten bei Labischin von einer freiwilligen Kavallerie-Eskadron durch Schneidigen Ueberfall wieder gewonnen. Am 8. Januar wurde ein starker Angriff der Polen gegen Schubin abge schlagen. Bromberger Truppen machten 98 Gefangene und erbeuteten vier Maschinengewehre. Die Truppen, meist Freiwillige aus dem Regierungsbezirk Bromberg, haben sich sehr gut geschlagen. Verluste: 1 Toter, mehrere Verwundete. Am 9. Januar zogen sich die Polen auf Bunin zurück. In Ratel sind auf Ansuchen der Polen Verhandlungen mit Bevollmächtigten Ratels und des Kreises Wirsis, dem Divisionskommandeur der 4. Infanterie-Division und dem Volksgenossenschaftsbromberg angeknüpft worden, die zum Einstellen der Feindseligkeiten in Ratel führten und den Zustand vor dem 1. Januar wieder herstellten. Damit ist die Bahn, Posen und Kanallinie Bromberg-Schneidemühl wieder hergestellt.

WB. Bromberg, 9. Januar. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, ist die Stadt Ratel sowie der ganze Kreis Wirsis von den Polen gesäubert. Es wurden viele Gefangene gemacht und mehrere Maschinengewehre erbeutet. Der Bahndrehschiff von und nach Berlin ist heute wieder aufgenommen worden.

Regierungserlaß des Obersten polnischen Volksrats.

B. D. Posen, 10. Januar. Der Oberste polnische Volksrat erläßt eine Bekanntmachung, in der es heißt: Durch die Nacht der Ereignisse der letzten Tage ist sowohl die Regierung, als auch die Militärverwaltung auf die Polen übergegangen. Die bisherigen Behörden haben sich angeschlossen, Ruhe, Ordnung und öffentliche Sicherheit aufrecht zu erhalten. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist machtlos. Die Anordnung nimmt zu. Infolgedessen übernehmen wir die Leitung der Regierung- und Militärangelegenheiten. Die endgültige Regelung der polnischen Frage ist dem Friedenskongreß zu überlassen. Wir ordnen jetzt folgendes an:

Sämtliche Zivil- und Militärbehörden unterliegen von jetzt ab unserer Leitung und Kontrolle. Die Beamten fordern wir auf, ihre Stellen nicht aufzugeben, vielmehr ohne Unterbrechung ihre Pflichten getreu zu erfüllen. Es ist untersagt, die bisherigen Staats- und Kommunalbeamten ohne Einverständnis des Kommissariats und der eingeleiteten Behörde zu entfernen oder zu wechseln. Die Bevölkerung ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses und der Nationalität fordern wir auf, die Ruhe zu bewahren und über die Sicherheit der Person und des Eigentums sämtlicher Einwohner zu wachen. Der deutschen und jüdischen Bevölkerung wird Sicherheit am Leben und Eigentum zugesichert. Das Verhalten der Bevölkerung gegenüber den Polen muß loyal und der Lage entsprechend sein. Sämtliche Lebensmittelvorräte, soweit sie staatliches Eigentum sind, gehen in die Obhut und Ueberwachung des polnischen Volksrates über. Ueber die Einführung der polnischen Sprache in den Schulen und über die Regelung der Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln werden besondere Anordnungen ergehen. Bei der Uebernahme der Verwaltung des Landes sind wir uns der großen Schwierigkeiten bewußt, gegen die wir anzukämpfen haben werden, um Ruhe und Ordnung zu bewahren. Wir wenden uns an die Einwohner in der Ueberzeugung, daß sie unsere Bemühungen unterstützen und unsere Anordnungen gewissenhaft erfüllen werden. Nur die Unterordnung aller kann uns vor Unordnung und Anarchie bewahren. (L. R.)

WB. Posen, 9. Januar. Mit dem heutigen Tage haben die Aemter des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten von Posen Rechtsanwalt v. Trampczynski aus Posen, das Amt des Präsidenten der Anstaltungskommission Bankdirektor Dajnski und des Amt des Polizeipräsidenten Przejewski aus Posen übernommen.

Polnische Kampfweise.

WB. Posen, 9. Januar. Heute mittag 12 Uhr versuchten erneut drei Flugzeuge aus Frankfurt a. O. Bomben auf die Fliegerstation Lawica abzuwerfen. Infolge der Abwehr durch Maschinengewehre warfen sie die Bomben in der Umgebung ab. Durch eine Bombe wurden der elfjährige Sohn eines Besitzers getötet und drei andere Personen verwundet, sowie Schaden an Gebäuden angerichtet. Als Abwehrmaßnahme gegen derartige Angriffe sollen jetzt deutsche Offiziere in Lawica einquartiert werden.

Heimatschutz! Sonntags: Königsberger Umzug der Gesamtbürgerchaft. Demokratische Massenteilnahme!